



Mitgliederzeitung der SP Schweiz
144 • CH April 2014 AZB 3001 Bern



«Ein fantastisches Departement»

Die Gestaltungsmöglichkeiten im Departement des Innern sind gross, die Themen anspruchsvoll und kontrovers. Bundesrat Alain Berset über die wichtigsten Projekte, die in naher und fernerer Zukunft im EDI anstehen.

Seiten 2 bis 4

POSITIONEN



Die Delegierten der SP Schweiz haben im Berner Jura eine «**Resolution für eine soziale und offene Schweiz in einem sozialen und prosperierenden Europa**» verabschiedet.

Seite 5

ABSTIMMUNGEN

Was verdient die nette Bedienung in deinem Lieblings-Café?



JA
zum Lohnschutz
zum Mindestlohn 

Wer voll arbeitet, soll von seinem Lohn leben können. Darum braucht es einen **Mindestlohn**. Für die Einführung sprechen aber auch volkswirtschaftliche Argumente.

Seite 7

POSITIONEN



Die erste Europäische Bürgerinitiative ist zustande gekommen. Sie fordert, **Wasser müsse ein öffentliches Gut sein** und von der Liberalisierung ausgeschlossen werden.

Seite 15

«Ich bin in meiner Tätigkeit sehr zufrieden»

Das Departement des Innern beschäftigt sich mit dem, was die Menschen beschäftigt – Gesundheitsversorgung, soziale Sicherheit, Kultur. Bundesrat Alain Berset sprach mit «links» über die bevorstehende Abstimmung zur Hausarztmedizin, die Entwicklung einer nationalen Kulturpolitik und sein Grossprojekt Rentenreform 2020. Interview: Gaël Bourgeois

«links»: Am 18. Mai wird sich die Bevölkerung zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung äussern, der ein direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin» ist. Welche Bedeutung hat dieser Urnengang?

Alain Berset: Schon ein Blick ins Wartezimmer einer Hausarztpraxis zeigt, wie wichtig eine rasche und wohnortnahe Grundversorgung ist. Da sitzen Patientinnen und Patienten jeden Alters und finden eine qualitativ hochstehende Versorgung – ob bei Krankheit oder Unfall. Diese zentrale Errungenschaft müssen wir halten und weiterentwickeln. Mit dem Verfassungsartikel erhalten wir das Instrument, um rechtzeitig auf die kommenden Herausforderungen zu reagieren. Die Leute werden älter, es gibt mehr chronisch Kranke und gleichzeitig erreichen in den nächsten Jahren viele Hausärztinnen und Hausärzte das Pensionsalter.

Wird die Bevölkerung bei einem Ja auch konkrete Folgen spüren, oder geht es einfach darum, einen bereits bestehenden Grundsatz formell in der Verfassung zu verankern?

Beides. Unsere Verfassung enthält fast zweihundert Artikel, doch kein einziger betrifft die medizinische Grundversorgung. Das steht in keinem Verhältnis zu ihrer Bedeutung. Die

konkreten Auswirkungen des neuen Artikels werden nicht unmittelbar nach dem 18. Mai spürbar sein, aber mittelfristig wirken sich die Massnahmen, die wir dank diesem umsetzen können, positiv auf Qualität und Kostenentwicklung der Gesundheitsversorgung aus. Gefördert werden sollen etwa neue Versorgungsmodelle wie Gemeinschaftspraxen, aber auch Ausbildung und Zusammenarbeit von Gesundheitsfachleuten.

Die SP hat sich ursprünglich stark für die Initiative eingesetzt. Welche Vorteile bietet der Gegenentwurf im Vergleich zur Initiative?

Die Initiative konzentrierte sich ausschliesslich auf die Hausärztinnen und Hausärzte. Der Gegenentwurf aber will die Grundversorgung

«Die Verfassung enthält fast zweihundert Artikel, doch kein einziger betrifft die medizinische Grundversorgung.»

als Ganzes fördern. Er ist umfassender und bezieht auch andere Akteure mit ein – das Pflegepersonal, Apotheker, Ergotherapeutinnen oder Psychotherapeuten. Zudem bleibt mit dem Gegenentwurf die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen unverändert. Die Initianten sind vom Gegenentwurf überzeugt und haben die Initiative zurückgezogen.





Malika Pelliccioli/Toimao

Weshalb vertrittst du die Ansicht, ein grosser Teil der Kompetenzen müsse bei den Kantonen liegen?

Sie kennen die Lage vor Ort und sind am nächsten an den komplexen realen Situationen. Diese können in den verschiedenen Regionen des Landes ganz unterschiedlich aussehen.

Sprechen wir über die Reform der Altersvorsorge 2020, ein besonders heikles Thema: Die früheren Vorsteherinnen und Vorsteher des Innendepartements hatten wegen der sehr uneinheitlichen Meinungen grosse Mühe mit Reformen. Was hast du anders gemacht, damit deine Reform eine Chance haben kann?

Die Altersvorsorge 2020 verfolgt zwei Leitgedanken: AHV und berufliche Vorsorge sollen gemeinsam reformiert werden, damit vollständige Transparenz herrscht. Und was mir besonders wichtig ist: Die Altersvorsorge ist für die Leute da. Ihre Bedürfnisse für ein würdiges Leben im Alter müssen im Zentrum der Reform stehen – und nicht die technischen Ansprüche des Systems oder die Interessen von Interessengruppen. Der Druck von allen Seiten ist hoch, schliesslich geht es auch um viel Geld.

Und wie stellt sich der Gesamtbundesrat dazu?

Der Bundesrat hat sich bisher dreimal mit den Reformplänen auseinandergesetzt. Für ihn klar, dass die Rentenhöhe garantiert sein muss. Und er will ein Referenzrentenalter 65, mit Flexibilisierungsmöglichkeiten je nach Bedürfnis. Erstmals soll eine gute Möglichkeit für eine frühzeitige Pensionierung von Personen mit geringem Einkommen geschaffen werden. Jene, die ihre Berufskarriere früh begonnen haben, sollen ab 64 Jahren ohne Renteneinbusse in Pension gehen können; oder ab 62 zumindest mit Kürzungen, die gegenüber heute viel kleiner ausfallen.

Wie kann man die Wirtschaftskreise, die generell gegen eine Flexibilisierung sind, von deren Notwendigkeit überzeugen?

Indem man die Situation der älteren Arbeitnehmenden und die Situation auf dem Arbeitsmarkt aufzeigt. Es gibt Personen, die sind aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage, bis 65 zu arbeiten. Zum anderen haben heute schon Leute ab 50 oft Schwierigkeiten, eine Stelle zu finden. Hier ist die Wirtschaft gefordert. Eine Umfrage bei KMU zeigt übrigens, dass deren Chefs kein höheres Rentenalter als 65 wünschen. Eine Sozialversicherung muss den Bedürfnissen der Menschen und den Realitäten Rechnung tragen. Darum streben wir eine Flexibilisierung an, unter anderem die Möglichkeit einer Teilrente.

Die Senkung des Umwandlungssatzes ist ein weiteres Element der Reform. Weshalb nimmt das Projekt diesen Vorschlag wieder auf, nach-

dem sich das Volk bereits 2010 zu dieser Frage geäussert hat?

Es geht nicht um die gleiche Vorlage. Die hier vorgeschlagene Kürzung ist begleitet von einer Reihe von Massnahmen, die ermöglichen, das heutige Rentenniveau zu halten. Es wird also diesmal keine Rentensenkung vorgeschlagen.

Der AHV geht es gut, wesentlich besser als der zweiten Säule. Braucht es die Reform wirklich? Warum nicht damit zuwarten?

Die AHV ist eine gut funktionierende Versicherung, ein Pfeiler unseres Sozialstaats. Für die nächsten Jahre ist ihre Finanzierung garantiert. Aber danach wird die AHV Mittel benötigen.

Wegen der höheren Lebenserwartung der Bevölkerung?

Auch. Aber die grösste Herausforderung ist eine andere. Ab 2020 kommt die Generation der «Baby-Boomer» ins Pensionsalter. Genau diese Generation finanziert heute die AHV wesentlich. Wenn sie pensioniert wird, bedeutet das eine massgebliche Veränderung beim Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Pensionierten. Das hat grosse finanzielle Auswirkungen, weshalb wir eine Zusatzfinanzierung brauchen.

Warum nicht noch ein paar Jahre warten, wenn man von ungefähr 2020 spricht?

Heute gibt es keinen unmittelbaren Druck. Jetzt haben wir Zeit, eine sorgfältige, mehrheitsfähige Reform der Altersvorsorge aufzulegen.

Die Reform der Invalidenversicherung hat gezeigt, was passiert, wenn man unter Druck überlegen muss ...

Genau. In der IV hat man die Entwicklungen zu wenig eng begleitet, die Schulden haben sich auf 15 Milliarden Franken angehäuft. Dann erst wurde die Politik aktiv. Zu einem solchen Zeitpunkt dreht sich die Debatte nur noch um finanzielle Sanierungen. Es entsteht Druck auf die Rentenhöhe, und genau das müssen wir bei der Altersvorsorge vermeiden.

Wenn es darum geht, irgendwo zu sparen, kommt rasch die Kultur ins Visier. Wie siehst du dort die Rolle des Bundes?

Die Frage erlaubt mir, festzustellen, dass das Eidgenössische Departement des Innern ein fantastisches Departement ist. Es ist «au cœur du contrat social». Das merke ich immer wieder, wenn ich auf der Strasse mit den Leuten diskutiere. Die Leute beschäftigt ihre Gesundheitsversorgung, die soziale Sicherheit und eben auch die Kultur. Nun konkret zur Frage: Wir wollen die Diskussion um die Kulturpolitik vorantreiben. Bei uns gibt es neben dem Bund weitere Akteure im Kulturbereich wie die Kantone, Städte und Private. Der Bund definiert einen Rahmen, schlägt einen Bogen



über unser Land mit vier Sprachen, mit unterschiedlichen Kulturen. Das kann nur der Bund – deshalb wollen wir mit der Botschaft für die Kulturpolitik 2016 bis 2019 eine nationale Kulturpolitik entwickeln. Die Vernehmlassung wird vor dem Sommer eröffnet. Die Vorlage soll mehr als bloss die Finanzströme regeln, sie soll auch die Grundlage für die engere Koordination unter den verschiedenen Akteuren legen.

Die Unterstützung der kulturellen Innovation ist eine Sache. Und eine stärkere kulturelle Beteiligung?

Das ist ein wesentliches Element der Kulturpolitik. Wie kann man die Türen zur Kultur öffnen und vermeiden, dass der Zugang nur für einige Bevölkerungsgruppen reserviert ist? Wir wollen eine Kulturpolitik, in der sich jede und jeder wiederfindet.

Du bist nun seit zwei Jahren Bundesrat. Das ist eine ganz andere Rolle als die des Parlamentariers, der du zuvor warst. Wie hast du diesen Wechsel zur Funktion als Minister erlebt?

In meiner bisherigen Zeit konnte ich schon einige Projekte umsetzen, die mir wichtig sind, und andere anstossen. Ich bin in meiner Tätigkeit sehr zufrieden. Der Übergang vom Parlament zur Regierung ist ein grosser Wechsel. Zum Glück hatte ich bei meiner Wahl bereits acht Jahre Erfahrung unter der

Bundeshauskuppel und kannte die parlamentarischen Mechanismen. Anders sieht es bei der Departementstätigkeit aus. Hier sind die Gestaltungsmöglichkeiten gross, wobei fast alle Themen anspruchsvoll und kontrovers sind. Ich bin froh, dass ich mich bei dieser Arbeit auf viele kompetente Mitarbeitende stützen kann.

Abgesehen von der Tätigkeit an sich ändert auch die Arbeitsweise. Als Sozialdemokrat in der Regierung ist man in unserer Politik regelmässig in der Minderheit; fehlt dir da die Redefreiheit des Parlamentariers nicht?

«Nur der Bund kann einen Bogen über unser Land schlagen – deshalb brauchen wir eine nationale Kulturpolitik.»

Es braucht eine klare Linie und Kohärenz zwischen den Taten und den Worten, die diesen vorangehen, sie begleiten und nachfolgen. Und es gibt ein paar Spielregeln, die für alle Mitglieder des Bundesrats gelten, nicht bloss für die Sozialdemokraten. Zudem: Es wären wohl viele überrascht, wenn sie wüssten, wie die Diskussionen im Bundesrat ablaufen und wie die Entscheide gefällt werden. Das Diskussionsklima ist viel offener, als man das in den Medien lesen kann.

Aus dem Französischen übersetzt

WIE WEITER NACH DEM 9. FEBRUAR?

Zukunft mit Europa

«Ein Scherbenhaufen!» – Wie oft hat man diesen Ausdruck nach dem 9. Februar gehört? Leider ist er ziemlich treffend. Denn die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar hat keine Lösungen gebracht, sondern nur Probleme geschaffen. Die erste Zeche bezahlen die Studierenden, die Forscherinnen und Forscher und die Kulturschaffenden, weil der fruchtbare Austausch mit Europa erschwert wird. Doch dies ist erst der Anfang. Noch können die Folgen in ihrer Ganzheit nicht abgeschätzt werden.

Es ist jetzt aber nicht die Zeit, sich im Kreise der knappen Verlierer vom 9. Februar gegenseitig die Schuld zuzuschreiben und den politischen Schaden so noch grösser zu machen. Es ist auch nicht die Zeit, frustriert die Faust im Sack zu machen oder gar die eingeschlagene politische Richtung zu ändern. Die Delegierten haben in Malleray im Berner Jura in einer alten Fabrik eine Auslegeordnung gemacht und die Frage nach dem «Wie weiter?» diskutiert. Nach einer intensiven Debatte wurde einstimmig eine Resolution «für eine soziale und offene Schweiz in einem sozialen und prosperierenden Europa» verabschiedet. Es war eine klare Bekräftigung unserer gemeinsamen und unverrückbaren Werte.

Gemeinsam: Die SP ist die Partei, welche die geschwächte Beziehung mit Europa wieder auf eine solide Basis stellen will. Das ist zweifelsohne eine grosse Herausforderung, welche eine Analyse ohne Scheuklappen erfordert. Deshalb

muss der Bundesrat nun alle möglichen Optionen und ihre Auswirkungen auf den Tisch legen, wie es die SP fordert. Eine dieser Optionen ist selbstverständlich auch der EU-Beitritt. Was bedeutet weniger und was bedeutet mehr Europa? – Wenn wir darauf alle Antworten haben, muss sich die Bevölkerung wieder äussern können.

Gleichberechtigt: Die SP wird, wenn nötig, per Referendum jede diskriminierende Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative bekämpfen. Die Wiedereinführung des Saisonierstatuts durch eine Beschränkung des Familiennachzugs für Kurzaufenthalte beispielsweise ist inakzeptabel.

Sozial: Es braucht mehr denn je einen besseren Lohnschutz und eine Ausweitung der flankierenden Massnahmen auf den Bereich des Wohnungsmarkts und im Bereich der Bildung, wie es die SP schon seit langem fordert. Der Bundesrat ist diesen Forderungen ein Stück weit entgegengekommen, leider zu spät und zu zögerlich. Die SP wird dran bleiben, damit auch tatsächlich spürbare Verbesserungen erreicht werden können.

Die Debatte in Malleray markiert weder eine Neupositionierung noch einen Siegeszug irgendeiner Strömung innerhalb der Partei – es war vielmehr ein vereintes und starkes Zeichen, dass wir gemeinsam eine soziale und offene Zukunft in der Schweiz und in Europa für alle statt für wenige gestalten wollen.

Flavia Wasserfallen



INITIATIVPROJEKT

Ganz im Zeichen der sozialen Gerechtigkeit haben die Delegierten verschiedene Initiativprojekte diskutiert und schlussendlich der Geschäftsleitung einen deutlichen Auftrag erteilt: die Ausarbeitung einer Initiative «Faire Entlastung von Familien – für mehr Verteilungsgerechtigkeit». Warum gerade dieses Projekt? Die Schweiz gibt gerade mal 1,3% ihres Bruttoinlandsprodukts für Familien aus. Zum Vergleich: Der OECD-Durch-

schnitt liegt bei 2,23%. Noch immer stellen Kinder ein potenzielles Armutsrisiko dar. So zeigt beispielsweise der neuste Unicef-Bericht, dass in der Schweiz jedes zehnte Kind von Armut betroffen ist. Obwohl praktisch jede Partei für sich beansprucht, eine Familienpartei zu sein, geht es den meisten vor allem darum, einzelne Familienmodelle gegeneinander auszuspielen oder bereits privilegierte Familien zu schützen.

STANDPUNKT



Leyla Gül
Co-Generalsekretärin

Das grösste Kuchenstück

Einen kleinen Skandal schien der «Tages-Anzeiger» Mitte März aufzudecken, als er titelte: «Die SP will nach Europa!» In der Resolution, welche die Delegierten am 29. März verabschiedet haben, hatte der Journalist eine Forderung mit «grosser Sprengkraft» entdeckt. Wörtlich heisst sie: «Alle europapolitischen Optionen müssen ergebnisoffen geprüft werden, also auch die Option EU-Beitritt.»

Das ist viel Trommelwirbel für eine Position, die seit dem Parteitag 2010 feststeht und lautet: «Die SP steht für die rasche Einleitung von Beitrittsverhandlungen mit der EU ein.»

Die vom «Tagi» mit Ausrufezeichen versehene Meldung ist vor diesem Hintergrund ziemlich aufgeblasen. Auch das Lob der «Basler Zeitung» («Mutige Genossen») passt nicht so recht. Denn mutig ist unsere Haltung nicht. Nur konsequent. Wir wissen, was wir wollen. Der Rest ist eine Frage des Timings.

Mich beschäftigen seit dem 9. Februar zwei Dinge. Erstens, wie widersprüchlich das Abstimmungsergebnis und dessen Folgen ausgelegt werden. Wir haben eine der Voraussetzungen für unsere wirtschaftliche Prosperität, die Personenfreizügigkeit, mutwillig aufs Spiel gesetzt. Jetzt streiten wir um das grösste Stück des verkleinerten Kuchens – die Vorschläge zu den Kontingenten werden immer bizarrer. Und wir wollen den gleichen Wohlstand wie bisher, aber ohne die, die bisher mithalfen, ihn zu bauen.

Zweitens frage ich mich, weshalb sich die Schweiz regelmässig durch wüste Abschottungs- und Ausgrenzungsinitiativen ihrer kollektiven Identität versichern muss. Als Willensnation genügt es offenbar nicht, einfach zu sein, was man ist, sondern man muss auch immer wieder sagen, was man nicht ist und wen man nicht will: Ausländer, Minarette, die EU – einfach das ganze fremde Zeug. Doch während es vormals um Visionäres (EWR) und reine Symbolik (Minarette) ging, geht die nationale Identitätsfindung diesmal auf Kosten einer erprobten wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte.

Immerhin: 49,7 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer sind offen, solidarisch und selbstbewusst genug, sich nicht als Antithese zum Fremden zu verstehen. Wir müssen unsere Vision debattieren und dafür argumentieren, bis daraus deutlich mehr als 50 Prozent werden. Das ist nicht speziell mutig, aber konsequent sozialdemokratisch.



Friedliches Miteinander ohne neue Kampfjets

Während Bürgerliche wegen fehlender Finanzen den Abbau von Staatsleistungen verlangen, fordern Armeefreaks Aufrüstung am Himmel. Und dies nicht zu knapp: 10 Milliarden sollen in die neue Gripen-Kampfjetflotte investiert werden.

Die Arme der Waffenindustrie reichen weit ins Parlament hinein: Auch eine Mehrheit des Nationalrats billigt neu erleichterte Waffenexporte. Zu streng schien der bürgerlichen Mehrheit die Verbotsbestimmung zur Ausfuhr von Waffen in Länder, in denen «Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt werden». Offensichtlich machen uns nicht nur die exportierten Schweizer Waffen in der Ukraine Angst. Nein, der multinationale Handel mit Waffen und Waffensystemen mache jetzt auch einen neuen Sicherheitsschirm über unserem Luftraum notwendig, versuchen uns Militaristen glaubhaft zu machen. Kaum wurde die F/A-18-Flotte für über 400 Millionen technisch auf Vordermann gebracht, will uns der Alt-SVP-Präsident und heutige Bundesrat Maurer bereits wieder ein Paket von total rund 10 Milliarden für eine neue Gripen-Flotte schmackhaft machen.

Flieger bestellen und Leistungen abbauen

Politisch werden beim Bund neue Sparprogramme unter dem Titel «Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket» (KAP) geschnürt. Der Nationalrat verlangt gar, zur Finanzierung einer dritten Unternehmens-

steuerreform (USR III) Bundesaussgaben zu reduzieren und Überschüsse aufzubauen. Konkret sollen also Leistungen im Sozial-, Gesundheits- oder Bildungswesen abgebaut und gleichzeitig eine milliarden schwere Bestellung in Schweden aufgegeben werden. Geschickt werden Regionen und Firmen bereits mit Aussicht auf Gegengeschäfte gefügig gemacht. Nicht wenige Arbeitgeber versuchen gar die Arbeitnehmenden mit dem Argument von Jobsicherheit zu ködern.

Kritik aus den eigenen Reihen

Während Luftwaffenchef Schellenberg öffentlich bekennt, dass die Schweiz während bisheriger Konflikte nie über eine angepasste Luftwaffe verfügte und daraus keinerlei Schaden resultierte, führt er Einsätze für das umstrittene World Economic Forum (WEF) in Davos als Rechtfertigung ins Feld. Innerhalb der Armee werden Produktauswahl, Kosten-Nutzen-Verhältnis und die Relation zu anderen Bedürfnissen der Armee schwer kritisiert. Ebenfalls wird moniert, man würde besser die internationale Zusammenarbeit intensivieren, welche effizienter das nachvollziehbare Bedürfnis nach Schutz und Sicherheit decke.

Das Geschäft mit der Angst

Die Fakten liegen auf dem Tisch. Eine Mehrheit der Bevölkerung wägt nüchtern ab und würde gegenwärtig klar gegen die unnötigen Ausgaben stimmen. Nun bricht allerdings die millionenschwere Kampagne der Rüstungsindustrie an. Das Geschäft mit der Angst wird lanciert und es wird an den Patriotismus appelliert.

Linke, Pazifisten, Christen, Gewerkschafterinnen und andere fortschrittliche Menschen wissen es genau: Sinnvolle Investitionen in den konfliktgefährdeten Ländern und Regionen, internationale Zusammenarbeit, Entwicklungsbeiträge, freier Personenverkehr, Unterstützung von Demokratisierungsprozessen, sozialer Ausgleich und Respekt vor Andersdenkenden sind die Eckpfeiler eines friedlichen Miteinanders – nicht neue Kampfjets!



Philipp Hadorn ist Nationalrat SO, Mitglied der Finanzkommission und Gewerkschafter.

Arbeit muss sich lohnen

Mit weniger als 4000 Franken pro Monat kommt man kaum über die Runden. Wenn berufstätige Menschen auf die Hilfe vom Staat angewiesen sind, ist das eine Schande. Es gibt aber auch volkswirtschaftliche Argumente, die für einen Mindestlohn sprechen.

Schutz vor Lohndumping: Mindestlöhne sind das wichtigste Mittel gegen Lohndumping. Der Grundsatz ist einfach: In der Schweiz müssen Schweizer Löhne bezahlt werden. Trotzdem werden immer wieder Fälle von Lohndumping publik. Bauunternehmer beschäftigen über undurchsichtige Firmengeflechte Arbeiter aus Osteuropa und lassen sie zu Hungerlöhnen schuften – wie jüngst am Hauptbahnhof in Zürich. Und sogar Swatch bezahlt in ihrer Fabrik im Tessin nur schäbige Löhne von knapp über 3000 Franken. Selbstredend, kann von einem solchen Einkommen niemand leben, der in der Schweiz wohnt, weshalb vor allem Grenzgänger aus dem günstigeren Italien dort arbeiten. Es sind die Schweizer Arbeitgeber, die Lohndumping betreiben, und nicht die meist ausländischen Angestellten.

Schluss mit Subventionen für Lohndumper: Der Staat und damit die Steuerzahlenden kommen für die Differenz auf, wenn der Lohn allein nicht zum Leben reicht. Laut einer Studie subventionieren die Steuerzahlenden über die Sozialhilfe solche Tiefstlöhne mit rund 100 Millionen pro Jahr. Ein Mindestlohn hat darüber hinaus weitere positive Effekte für die Steuerzahlenden: Mit dem Lohn steigen beispielsweise auch die AHV-Beiträge.

Mehr Konsum und neue Arbeitsplätze: Höhere Löhne kurbeln den Konsum an und schaffen neue Arbeitsplätze. Löhne sind nicht primär ein Kostenfaktor, sondern die Einkommen der Arbeitnehmenden. Und diese Einkommen werden ausgegeben. Ein

Topverdiener gibt nicht viel mehr aus, wenn er 60 000 statt 50 000 Franken verdient. Irgendwann ist das Haus gebaut, das Auto bezahlt und mehr als fünf Wochen Ferien hat auch ein Topmanager nicht. Wenn aber eine Verkäuferin 4000 statt 3500 Franken verdient, dann ist die

Pro Jahr subventionieren die Steuerzahlenden Tiefstlöhne mit rund 100 Millionen Franken.

Chance gross, dass dieses zusätzliche Einkommen direkt in die Wirtschaft zurückfliesst.

Faire Unternehmen profitieren: Der Mindestlohn schützt faire Unternehmen vor Billigkonkurrenz. Wenn ein Hotelier sein Personal anständig bezahlt, aber gleichzeitig mitansehen muss, wie sein Nachbar, der seinen Leuten im Schnitt 1000 Franken weniger bezahlt, die knapp kalkulierten Preise mit Billigstangeboten unterbietet, dann muss er die Initiative eigentlich unterstützen. Heute ist es so, dass Lohndumper belohnt und Unternehmen, die sich fair verhalten, bestraft werden.

KAMPAGNENMATERIAL

Am 18. Mai kommen mit dem Gripen-Referendum und der Mindestlohn-Initiative gleich zwei wichtige Vorlagen zur Abstimmung. Für beide kann unter www.spschweiz.ch/kampagnen-material Material bestellt werden. Neben den «normalen» Kampagnenmitteln stellen wir den Sektionen je eine Aktionsidee mit passenden Aktionsflyern und einer praktischen Checkliste zur Verfügung. Ziel ist es, dass insbesondere an den beiden SP-Aktionstagen vom 12. April und

10. Mai möglichst überall in der Schweiz Strassen- und Standaktionen stattfinden. Die beiden Aktionsideen sind so ausgestaltet, dass das entsprechende Give-away von den Sektionen problemlos und kostengünstig selber organisiert werden kann. Schreibt uns doch eine kurze E-Mail mit Zeit und Ort an aktion@spschweiz.ch, wenn eure Sektion eine solche Aktion durchführen kann.



Christian Levrat
Präsident der SP Schweiz
und Ständerat FR



Gute Arbeit. Mindestlohn.



1. Mai 2014

SGB USS
www.sgb.ch www.uss.ch

Wer umweltbewusst wohnen will wie ich, für den gibt's nur eins: den Hausverein Schweiz!

Thomas Hardegger, Nationalrat SP



Die Alternative zum Hauseigentümerverband.

Jetzt beitreten
www.hausverein.ch



Hausverein SCHWEIZ
Für umweltbewusste und faire EigentümerInnen
Tel. 031 311 50 55



MOVENDO
Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften www.movendo.ch

Tagung: Erfolgsmodell AHV

10.00	Eröffnungsreferat: Das Erfolgsmodell AHV stärken	Paul Rechsteiner (Präsident SGB und Ständerat)
10.30	Film des SGB von 1947: «Lasst uns tapfer beginnen»	
10.45	Referat: Die Meilensteine der AHV-Geschichte <i>Diskussion im Anschluss an das Referat</i>	Carola Togni (Fachhochschul-Dozentin) Moderation: Valérie Boillat (Movendo)
11.30	Referat: Die Zukunft der Altersvorsorge liegt in der Stärkung der AHV – die Reform Altersvorsorge 2020 auf dem Prüfstand <i>Diskussion im Anschluss an das Referat</i>	Doris Bianchi (SGB) Moderation: Christine Goll (Movendo)
13.30	Einleitung zu den vier Workshops	Ursula Hirt (Movendo)
	1. Können wir uns die AHV in Zukunft noch leisten?	Doris Bianchi (SGB) David Gallusser (SGB) Michel Schweri (InFormAction)
	2. Generationensolidarität: Alt und Jung – wir ziehen am gleichen Strick!	Vreni Hubmann (VASOS) Anne-May Boillat (Unia) Jérôme Hayoz (SEV)
	3. AHV-Reform auf dem Buckel der Frauen?	Christina Werder (SGB) Béatrice Despland (Juristin) Christine Goll (Movendo)
	4. Finanziert die Migration unsere AHV?	Hans Mangold (Sozialversicherungsexperte) Hilmi Gashi (Unia) Rita Schiavi (Unia)
16.00	Schlussvotum	Ruth Dreifuss (Alt-Bundesrätin, angefragt)

Nein zur Wirtschaftsfakultät an der Uni Luzern

Nach 13 Jahren soll das Universitätsgesetz teilrevidiert und den heutigen Verhältnissen angepasst werden. Die Uni Luzern hat sich in den letzten Jahren erfreulich entwickelt und hat sich trotz ihrer geringen Grösse ein klares Profil und einen guten Ruf erarbeitet.

Die Teilrevision des Unigesetzes, welche in der Session vom 31. März/1. April vom Kantonsrat in zweiter Beratung verabschiedet wird, bringt verschiedene organisatorische Neuerungen. So soll die Steuerung der Uni an die Grundsätze der Public Corporate Governance des Kantons angepasst werden. Konkret bedeutet dies, dass der Regierungsrat für die Uni eine Eignerstrategie erlässt und für sie jährlich einen Leistungsauftrag und einen Finanzierungsbeschluss verabschiedet. Auch die Zentralen Dienste, die Möglichkeit eines Co-Rektorats sowie die Mittelbauorganisation werden gesetzlich verankert. Im Weiteren wird der Schutz vor Plagiaten von wissenschaftlichen Arbeiten verstärkt. Alle diese Neuerungen sind unbestritten.

Mehr zu diskutieren geben die verschärften Zulassungsbeschränkungen und Änderungen bei den Studiengebühren. Zulassungsbeschränkungen sollen demnach nur für ausländische Studierende verhängt werden können und die Studiengebühren für die sogenannten «BildungsausländerInnen» sollen höher bemessen sein können als für Schweizerinnen und Schweizer. Und zwar so hoch, wie die IUV-Kantonsbeiträge für Studierende aus der Schweiz sind – durchschnittlich etwa 12000 Franken pro Jahr! Dabei wurde seitens der Regierung stets betont, dass es momentan kein Problem mit der Anzahl ausländischen Studierenden an der Uni Luzern gibt. Beide Bestimmungen werden also ohne Not ins Gesetz aufgenommen.

Wir haben diese Änderungen im Kantonsrat bekämpft. Das Problem, dass für ausländische Studierende keine Kantonsbeiträge bezahlt werden, muss auf Bundesebene und durch die Zusammenarbeit aller Unis gelöst werden und darf nicht einfach – und schon gar nicht in diesem horrenden Mass – auf die Studierenden abgewälzt werden. Eine internationale Durchmischung ist für die Kultur jeder Universität ein Gewinn. Zudem lehnen wir jegliche Selektion via das Portemonnaie (der Eltern) ab.

Unser zentraler Kritikpunkt am neuen Unigesetz ist die Verankerung der Wirtschaftsfakultät. Die Entscheidung der Uni und der Re-



gierung für die Wirtschaftswissenschaften basiert einzig auf kurzfristigen finanzpolitischen Überlegungen. Ziel ist es, möglichst viele Studierende für möglichst wenig Geld an die Uni Luzern zu holen. Aus unserer Sicht ist dies das falsche Kriterium, um sich für eine Fachrichtung zu entscheiden. Eine bildungspolitische Perspektive fehlt gänzlich.

Zusätzlich würde die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät das erfolgreiche Departement

«Wir lehnen jegliche Selektion via das Portemonnaie (der Eltern) ab.»

Wirtschaft der Hochschule Luzern konkurrenzieren – insbesondere in den Bereichen Forschung und Weiterbildung. Auf dem nach wie vor kleinen Hochschulplatz Luzern interne Konkurrenz zu erzeugen, macht keinen Sinn. Dass die beiden Hochschulen kein gemeinsames Konzept für die Wirtschaftswissenschaften erarbeiten konnten, zeigt, dass wohl auch die beiden Fakultäten nicht unter einen Hut zu bringen sind. Die KMU-dominierte Wirtschaft des Kantons Luzern und der Zentralschweiz ist eher auf HochschulabgängerInnen denn auf universitär gebildete Wirtschaftsfachleute angewiesen.

Da der Kanton Luzern in seiner klammen finanziellen Situation kein Geld zur Verfügung stellen kann, muss der Aufbau der Wirtschaftsfakultät vollständig mit Drittmitteln finan-

ziert werden. Damit stellt der Kanton Luzern die Unabhängigkeit der Universität aufs Spiel. Eingriffe in Lehre und Forschung sind zu befürchten. Die Vorschriften zur Offenlegung der Sponsoringverträge werden in der zweiten Lesung definitiv verabschiedet – wirklich griffige Transparenzbestimmungen wird der Kantonsrat wohl aber auch dann ablehnen.

In Zeiten von Sparpaketen, welche die Bildung wiederholt empfindlich treffen, neue Angebote aufzubauen, erachten wir als stossend. Es besteht die Gefahr, dass bestehende Angebote an der Universität unter dem Aufbau leiden werden. Wenn nicht genügend staatliche Mittel für eine neue Fakultät zur Verfügung stehen, ist es wohl weiser, den Ausbau der Uni um einige Jahre zu verschieben, als auf Biegen und Brechen eine fremdfinanzierte Wirtschaftsfakultät zu errichten.

Die demokratische Legitimierung der Universität Luzern hat eine lange Tradition. Auch über die Errichtung der Wirtschaftsfakultät soll das Luzerner Stimmvolk entscheiden können. Abschliessend über die Ergreifung des Referendums entscheidet der Parteitag der SP Kanton Luzern vom 5. April in Ruswil.

Priska Lorenz
Kantonsrätin, Grosswangen





Das AKW Mühleberg ist veraltet und genügt den elementarsten Sicherheitsanforderungen nicht mehr.



Das neue Pensionskassengesetz soll auch im Alter ein

JA ZUR INITIATIVE «MÜHLEBERG VOM NETZ»

Schluss mit dem Hochrisiko-Experiment AKW Mühleberg

Seit 1971 in Betrieb, gilt das AKW Mühleberg wegen mangelnder Erdbebensicherheit, Rissen im Kernmantel und fehlender Notkühlung als grosses Risiko. Am 18. Mai können wir über das Ende des Uraltreaktors befinden.

14 Kilometer vor Bern liegt das AKW Mühleberg. Käme es zum GAU, wären die Hauptstadt und das Mittelland direkt betroffen. Egal wie der Wind wehen würde: Sowohl die gesundheitlichen, ökologischen als auch die finanziellen Folgen wären für das ganze Land fatal. Allein der Standort hat es in sich: Die über 90 Jahre alte Staumauer des Wasserkraftwerks Mühleberg oberhalb des AKWs könnte bei einem starken Erdbeben brechen. Zur Überflutungsgefahr kommt, dass ein unabhängiges Kühlsystem fehlt. Und auch ein Flugzeugabsturz hätte un-

absehbare Folgen. Überdies ist mehr als fraglich, ob das Flickwerk aus rissigem Kernmantel und zusätzlichen Zugankern einem Ernstfall standhalten würde.

Auch Fukushima war undenkbar

Japan ist zwar weit weg. Durch die Medien erfahren wir aber bis heute, was passiert, wenn Situationen eintreffen, mit denen niemand rechnet. Die Folgen des GAUs sind verheerend: Auch nach drei Jahren fliesst immer noch radioaktives Wasser aus den Unglücksreaktoren ins Meer. Ganze Landstriche sind unbewohnbar. Dabei hatte Japan wohl Glück im Unglück: Östlich von Fukushima liegt «nur» Meer. Im Osten Mühlebergs aber liegt die Agglomeration Bern.

Dinosaurier-AKW vom Netz

Die BKW will ihr AKW 2019 vom Netz nehmen. Damit gibt sie dem jahrelangen Protest der Kritiker recht: Mühleberg rentiert nicht. Die Ankündigung der BKW ist rechtlich jedoch nicht verbindlich. Deshalb garantiert nur ein Ja zur Initiative «Mühleberg vom Netz» die rasche Abschaltung des über 40-jährigen Kraftwerk-Dinosauriers. Mühleberg vom Netz? Eigentlich logisch!

Nadine Masshardt
Nationalrätin
Co-Präsidentin WWF Kanton Bern



2 X JA ZUM NEUEN PENSIONSKASSE

Ein schmerzhafter Kompromiss

Das revidierte Pensionskassengesetz ist ein Kompromiss, den die SP gerade noch mittragen kann. Bei einer Ablehnung würde das Kantonspersonal deutlich stärker zur Kasse gebeten.

In Zeiten, in denen bürgerliche PolitikerInnen Steuergeschenke verteilen und einen Abbau bei der Bildung, der Gesundheit und im Sozialen betreiben, ist es ein Wunder, dass die Angestellten des Kantons nicht noch stärker zur Kasse gebeten werden. Aber offensichtlich beeindruckten die starken Signale der Gewerkschaften und der Personalverbände die bürgerlichen GrossrätInnen wenigstens teilweise. An der Demonstration im März 2013 nahmen 20000 Personen teil.

Vertretbare Zugeständnisse des Personals

Der Primatwechsel vom Leistungs- ins Beitragsprimat, ein teilweise höheres Rentenalter und

DARUM GEHT ES

Die Initiative verlangt die sofortige Ausserbetriebnahme des AKW Mühleberg. Diese ist 2011 lanciert und anfangs 2012 eingereicht worden. Die SP Kanton Bern unterstützt die Initiative als Mitglied des Vereins «Mühleberg stilllegen», einem breiten Bündnis aus politischen Parteien und Umweltorganisationen. Mehr Informationen: www.muehleberg-stilllegen.ch
Spenden: Postcheckkonto: 61-958146-7

DARUM GEHT ES

Die Revision des Pensionskassengesetzes ist notwendig geworden, weil der Bund die Auflagen massiv verschärft hat. In Zukunft müssen auch öffentliche PK im Grundsatz immer über ein ausreichendes Deckungskapital verfügen. Die SP Kanton Bern spricht sich für ein Ja zum Haupt- und zum Eventualantrag aus sowie für ein Ja zum Hauptantrag bei der Stichfrage.



Mike Frajese / pixelio.de

n sorgenfreies Leben garantieren.

ENGESSETZ

fter, aber promiss

höhere Beiträge des Kantonspersonals sind schwer zu schluckende Kröten. Aber mit diesen Zugeständnissen konnte eine gewichtige Beteiligung des Kantons an der Ausfinanzierung der beiden kantonalen Pensionskassen sichergestellt werden. Die Ausfinanzierung der PK geschieht über eine Erhöhung der Schulden in der Bilanz. Weil gleichzeitig aber auch die Aktiven des Kantons neu bewertet werden, resultiert insgesamt keine höhere Verschuldung. Die Kosten für die laufende Rechnung sind gering.

Ja zur Hauptvorlage, Ja zum Eventualantrag

Die Abstimmung vom 18. Mai ist notwendig, weil die Gesetzesänderung durch einen Eventualantrag aus dem Grossen Rat und ein bürgerliches Referendum in Frage gestellt ist. Die SP unterstützt das Gesetz und den Eventualantrag im Wissen, dass die totale Ablehnung der Revision zu Abzügen von 3,5 bis 4,5 Lohnprozenten führen würde. Das wäre für das Personal eine absolute Zumutung und würde die Stellung des Kantons als Arbeitgeber massiv verschlechtern.

Corrado Pardini
Nationalrat



Rainer Sturm / pixelio.de

Die geplante Änderung würde den Kantonshaushalt mit 17 bis 25 Millionen Franken belasten.

NEIN ZUR ÄNDERUNG DER HANDÄNDERUNGSSTEUER

Hauseigentum will sich vor Steuer drücken

Hauseigentümerverbände wollten die Handänderungssteuer ganz abschaffen. Doch auch der abgeschwächte Gegenvorschlag ist unsozial und trifft letztlich die Schwächsten.

Mit einer Volksinitiative wollten Hauseigentümerverbände im Jahr 2010 die Handänderungssteuer vollständig abschaffen. Steuerausfälle von 120 Millionen Franken wären entstanden. Der Grosse Rat verabschiedete darauf im September 2013 einen Gegenvorschlag, worauf die Initianten ihre Initiative zurückzogen. Der Gegenvorschlag will «nur» die ersten 800 000 Franken des Hauspreises von der Steuer ausnehmen und dies nur, wenn das Haus oder die Eigentumswohnung mindestens zwei Jahre durch die Käuferin oder den Käufer selbst genutzt wird. Doch auch das ist unverantwortlich und hinterliesse ein Finanzloch von 17 bis 25 Millionen Franken.

DARUM GEHT ES

Mit der Änderung des Gesetzes zur Handänderungssteuer werden beim Kauf einer Immobilie die ersten 800 000 Franken des Immobilienpreises nicht mehr besteuert. Bessergestellte werden damit begünstigt, während dem Kanton Steuerausfälle in Millionenhöhe entstehen. Die SP Kanton Bern lehnt die Vorlage ab.

Jeder Steuerabbau verursacht Abbau bei Leistungen

Damit würde Wohneigentum steuerlich weiter begünstigt. Ein Beispiel: MieterInnen zahlen ihre kaputte Duschbrause ohne Steuerabzug selber, während Hauseigentümer sogar den Ersatz der Duschbrause bei den Steuern abziehen dürfen.

Der Kanton Bern wird immer mehr zum Selbstbedienungsladen für Wohlhabende. Während unten kräftig gespart wird, indem Spitex-Personal entlassen, Krankenkassenbeiträge gestrichen, Spitäler auf dem Land geschlossen und die Volksschulklassen vergrössert werden, soll oben eine Steuer für Bessergestellte abgebaut werden. Wer Windeln kauft, zahlt 8 Prozent Mehrwertsteuer. Wer ein Haus kauft, zahlt nur 1,8 Prozent Handänderungssteuer.

Nach dem grössten Abbau im Kanton Bern aller Zeiten ist jetzt der falscheste Zeitpunkt für eine weitere Steuersenkung. Eine Steuersenkung, welche notabene nicht die Vermögenden, sondern unsere Kinder in den Schulen, Arbeitnehmende, AHV-RentnerInnen und MieterInnen durch weiteren Leistungsabbau treffen wird!

Margret Kiener Nellen
Nationalrätin/Rechtsanwältin
Bolligen BE



Der Wahlkampf beginnt – jetzt!

Die Erinnerung an den engagierten Wahlkampf vom vergangenen Jahr ist noch frisch – und schon steht uns die nächste Kampagne bevor: die Landrats- und Regierungsratswahlen am 8. Februar 2015. Wir brauchen alle Kräfte – für eine sichtbare, kreative und starke SP Baselland.

Die heisse Wahlkampfphase beginnt spätestens nach dem Jahreswechsel und die SP Baselland hat bereits im September mit den Vorbereitungen begonnen. Im Januar hat die Wahlkampfleitung ihre Arbeit aufgenommen, der Zeitplan und das Budget stehen und erste strategische Entscheide wurden bereits getroffen.

Diese Wahlen sind für unseren Kanton von zentraler Bedeutung. Uns stehen grundlegende Entscheidungen bevor: Wie wird die Region Basel in fünf Jahren aussehen? Werden wir uns Basel-Stadt annähern oder uns vom Bruderkanton entfernen? Stehen uns weitere bürgerliche Abbaupakete bevor? Oder können wir die Abbauspirale endlich stoppen und ein gerechteres Baselbiet schaffen? Die Wählerinnen und Wähler haben es in der Hand.

Wir brauchen Leute ...

Wir haben die besseren Rezepte, wir haben Lösungen für alle statt für wenige. Davon wollen wir die Baselbieterinnen und Baselbieter überzeugen. Und dafür brauchen wir euch alle, denn nur gemeinsam können wir erreichen, dass sich unser Kanton gemäss den Grundprinzipien Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit weiterentwickelt.

Wir brauchen Frauen und Männer, die für den Regierungsrat oder den Landrat kandidieren, wir brauchen Leute, die in Leserbriefen unsere Positionen vertreten, und wir brauchen ganz



viele Helferinnen und Helfer, die auf die Strasse gehen, Flyer verteilen, Plakate aufhängen, mit den Leuten reden und Wahlkampf machen.

Wahlplattform als Fundament

Für einen erfolgreichen Wahlkampf brauchen wir schliesslich auch eine deutliche Botschaft und klare inhaltliche Schwerpunkte.

Auch wenn wir als Partei selbstverständlich die ganze Themen-Bandbreite bearbeiten, ist es doch wichtig, dass wir uns auf die wichtigsten Kernthemen konzentrieren. Eine Arbeitsgruppe hat von der Wahlkampfleitung den Auftrag erhalten, diese Themen herauszufiltern. Das Ziel ist es, eine Wahlplattform zu erarbeiten, die unsere politischen Ziele und Inhalte auf den Punkt bringt und aufzeigt, wer die SP ist, wofür sie steht und wohin sie den Kanton Baselland führen will. Sie bildet damit das inhaltliche Fundament für den Wahlkampf.

Im Sommer geht der Wahlplattform-Vorschlag zur Diskussion an die Sektionen. Diese haben die Möglichkeit, VertreterInnen aus der Wahlkampfleitung einzuladen und sich die Wahlplattform vorstellen zu lassen.

Wenn du beim Wahlkampf mit-helfen oder kandidieren möchtest, melde dich ganz einfach bei deiner Sektion im Dorf. Mit der Unterstützung aller erreichen wir unser Ziel!



Jan Fässler



Nina Hochstrasser

FAHRPLAN UND WICHTIGE TERMINE

31. Juli	Meldeschluss für Nominationen für den Regierungsrat
28. August	Wahl-DV mit den Nominationen für den Regierungsrat
10. September	Meldeschluss für Landratslisten der Sektionen/Wahlkreise zuhanden der GL
8. November	Wahlparteitag mit Seminar für alle Kandidierenden. Nomination der Landratskandidierenden und Verabschiedung der Wahlkampfplattform
ab Ende Dezember	Wahlkampf mit Standaktionen, Plakatieren, Flyer verteilen etc.
8. Februar 2015	Regierungsrats- und Landratswahlen

KANDIDIERENDE GESUCHT

Die Wahlen scheinen noch fern, aber die Suche nach Kandidierenden ist schon losgegangen. Wir brauchen gute Namen für eine starke Liste!

Meldet euch deshalb bei eurer Sektion, wenn ihr Interesse habt, für den Landrat oder den Regierungsrat zu kandidieren.

Ein Europa von unten

Anfang März fand in Rom der Wahlparteitag der Europäischen Sozialdemokratie statt. Die SP Schweiz war mit der hochrangigsten und grössten Delegation seit langem vertreten.

Die SP Europa (SPE) hat seit Beginn der Krise hart daran gearbeitet, ein gemeinsames Programm für den Kontinent vorzulegen. Und dies ist gelungen. Nach mehreren Runden von Anträgen durch die Mitgliedparteien wurde das Wahlmanifest in Rom einstimmig verabschiedet. Es fokussiert auf zehn Forderungen für ein gerechteres und demokratischeres Europa:

- Eine Wirtschaftspolitik, die den 27 Millionen Arbeitslosen in Europa neue, gute Arbeit bringt
- Eine Abkehr von der verheerenden Austeritätspolitik

- Einen Umbau des Finanzsektors, damit die Bürgerinnen und Bürger nie mehr für die Fehler der Banken geradestehen müssen

- Einen Ausbau des europäischen Service public für Gesundheit, Bildung, das Recht auf Wohnen und einen starken Sozialstaat

- Griffige Gesetze für die Gleichberechtigung von Frau und Mann und ein Ende der Diskriminierung von Homosexuellen

- Ein politisches Programm gegen die erstarrenden rechtsextremen Parteien

- Eine Stärkung der Rechte der Konsumentinnen und Konsumenten gegenüber den Multis

- Einen Ausbau der demokratischen Rechte in der Europäischen Union

- Ein Programm für den ökologischen Umbau der Gesellschaft

- Eine europäische Aussenpolitik, die sich die Prinzipien von Demokratie, Frieden, Menschenrechten und Armutsbekämpfung auf die Fahnen schreibt.

Martin Schulz als Spitzenkandidat nominiert

Als gemeinsamen Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten wählten die Delegierten Martin Schulz, den Präsidenten des Europäischen Parlaments. In der europä-



Schulz machte klar, dass ein sozialdemokratisches Programm nicht das heutige Europa verteidigen, sondern ein fundamental neues, ein demokratisches, soziales, integriertes Europa anstreben muss.

schien Geschichte ist dies ein Novum: Noch nie hat eine europäische Partei ihren Kandidaten für das Kommissionspräsidium demokratisch nominiert. Bisher erfolgte diese (Aus-)Wahl immer erst nach den Wahlen im stillen Kämmerchen. Schulz wurde schon im Vorfeld von einer grossen Mehrheit der Mitgliedparteien offiziell unterstützt, so auch von der SP Schweiz. Seine Wahlkampfrede war erfrischend ehrlich, direkt und klar. In einer für die europäische Sozialdemokratie seltenen Deutlichkeit kritisierte er die Politik der neoliberalen Mehrheit in Europa und auch die Beteiligung sozialdemokratischer Parteien an diesen Regierungen. Schulz machte klar, dass ein sozialdemokratisches

Programm nicht das bestehende Europa verteidigen, sondern ein fundamental neues, ein demokratisches, soziales, integriertes Europa anstreben muss: «Mein Europa ist ein Europa von unten!»

Die Schweiz als Negativbeispiel

Obwohl die Schweiz nicht Mitglied der Europäischen Union und unsere Delegation an den Kongressen der SPE nicht stimmberechtigt ist, war unser Land in den Debatten omnipräsent. Ob das Bankgeheimnis, Steuertricksereien oder die Migrationspolitik – es gab praktisch keine Debatte und keinen Workshop, in denen die Schweiz nicht als Negativbeispiel herhalten musste. Das zeigt: Die Lust in Europa, nach dem 9. Februar schon wieder auf einen Sonderwunsch der Schweiz einzugehen, ist gering – sehr gering. Bestätigt wurde uns dieser Eindruck auch in den zahlreichen Gespräche, die wir am Rand des Kongresses führen konnten. Gross hingegen ist der Wille der europäischen Genossinnen und Genossen, die SP Schweiz in ihrem Kampf für eine Europäisierung der Schweiz zu unterstützen. Darauf lässt sich aufbauen!

KAMPAGNE IN DER SCHWEIZ

Bei den Europawahlen vom Mai steht viel auf dem Spiel. Das neue europäische Parlament wird gewählt und mit Martin Schulz steht erstmals in der Geschichte der EU ein Kandidat für das Amt des Kommissionspräsidenten zur Wahl. Die Wahlen betreffen auch die Schweiz ganz direkt. Die SP Schweiz organisiert deshalb gemeinsam mit ihren europäischen Schwesterparteien eine Kampagne zur Europawahl. Die über 1,7 Millionen in der Schweiz lebenden EU-BürgerInnen sollen mobilisiert werden, ein soziales und demokratisches Europa zu wählen.

Dazu wurde die sechssprachige Website www.europawahl2014.ch aufgeschaltet, ausserdem

wurden Flyer in fünf Sprachen gedruckt (d, f, i, sp, por). Hier sind wir auf eure Mithilfe angewiesen: Verteilt Flyer an einer Standaktion, organisiert mit eurer Sektion eine Veranstaltung zu den Europawahlen, überzeugt EU-BürgerInnen in eurem Umfeld, usw. Flyer können direkt über die Website bestellt werden oder via Mail an info@europawahl2014.ch.

Für Kurztentschlussene findet diesen **Samstag, 5. April** ausserdem ein grosses **Europafest** in Bern statt – mit Musik, Essen und spannenden Gästen aus dem Ausland. Infos auf der Website.

www.europawahl2014.ch

Cédric Wermuth
ist Nationalrat AG



Engagiert in fragilen Kontexten

Auf einer Reise nach Guinea-Bissau erhielten vier Fraktionsmitglieder einen Eindruck von der brisanten Situation kurz vor den Wahlen und der wichtigen Rolle der Entwicklungszusammenarbeit.

Es war ein abwechslungsreiches, intensives Programm, das das Hilfswerk Swissaid uns bot: Besuche von Projekten, Gespräche mit diversen örtlichen Vertretungen von NGOs, Treffen mit einem UN-Vertreter und einem Vertreter der Schweizer Botschaft in Dakar. Die Reise hat uns gezeigt, dass die Entwicklungszusammenarbeit die richtigen Schwerpunkte setzt: Engagement in fragilen Kontexten, wo die Armut am grössten ist. So konnten wir uns etwa davon überzeugen, wie sich die Situation von Dorfgemeinschaften nach der Umstellung auf biologische Produktion entscheidend verbessert hat.

Die wichtige Rolle der Frauen

Wie in vielen Ländern der Welt spielen auch in Guinea-Bissau die Frauen eine wichtige Rolle. Mit Salzgewinnung, Reisanbau oder biologischem Gemüseanbau erwirtschaften sie ein wichtiges Einkommen für die Familien, das sie in die Bildung der Kinder – auch der Mädchen – investieren und mit dem sie die Ernährungsgrundlage nachhaltig verbessern. Dank Projekten und dem Zusammenhalt gewinnen die Frauen an Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl. Trotzdem ist die Situation bei der Alphabetisierung und im Bereich der häuslichen Gewalt nach wie vor dramatisch. Weil kein funktionierender Rechtsstaat existiert, wird trotz vorhandenen gesetzlichen Grundlagen kaum dagegen eingeschritten.



Barbara Gysi, Carlo Sommaruga, Yvonne Feri und Martin Naef in einem Dorf in Guinea-Bissau.

Sicherheit durch politische Stabilität

Das Land, das zu den ärmsten auf der Welt zählt, braucht klare politische Entscheide wie ein Verbot der Nahrungsmittelspekulation, einen entschiedenen Kampf gegen die Produktion von Treibstoffen aus Lebensmitteln oder eine Senkung der Zölle im Agrarsektor, dem grössten Wirtschaftssektor des Landes. Es braucht aber auch eine funktionierende Infrastruktur, allem voran ein gutes Gesundheitssystem und Zugang zu einem kostenlosen öf-

fentlichen Bildungswesen. Voraussetzung dafür ist eine legitimierte Regierung, welche das Geld für die Bevölkerung einsetzt, statt sich mit dem widerrechtlichen Verkauf von Lizenzen zur Holzgewinnung und Fischerei an chinesische und russische Unternehmen selber zu bereichern. Zwei Jahre nachdem die Militärs unrechtmässig die Regierung übernommen haben, besteht grosse Hoffnung, dass sich mit den Wahlen, die diesen Monat stattfinden, die Situation wieder verbessert. *Yvonne Feri*

GESEHEN



Die JUSO hat ihre zweite Volksinitiative eingereicht: Innerhalb eines Jahres sind 117 000 gültige Unterschriften für die Initiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» zusammengekommen.



«Wasser ist ein Menschenrecht!»

Die Schweiz mit ihrer öffentlichen Wasserversorgung dient den Initianten der «Wasserinitiative» als Vorbild. Gleichzeitig ist sie die Heimat von Nestlé und unterstützt die Bestrebungen des Multis zur Privatisierung von Wasser.

Vor ziemlich genau zwei Jahren wurde in der Europäischen Union ein neues Instrument zur besseren politischen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger eingeführt: die Bürgerinitiative. Für ihr Zustandekommen müssen innerhalb von zwölf Monaten insgesamt eine Million gültige Unterschriften in einem Viertel aller EU-Mitgliedsstaaten gesammelt werden.

Wasser ist keine Handelsware

Im September 2012 lancierte eine breite Koalition von europäischen Organisationen und Persönlichkeiten – darunter der ehemalige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Europas Poul Nyrup Rasmussen – die Bürgerinitiative «Wasser ist ein Menschenrecht!». Die Initiative deklariert: «Wasser ist ein öffentliches Gut, keine Handelsware». Sie fordert die EU-Kommission auf dafür zu sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger das Recht auf sauberes Trinkwasser und sanitäre Grundversorgung haben. Die Wasserwirtschaft soll nicht den Binnenmarktregeln unterworfen und von der Liberalisierungsagenda ausgeschlossen werden. Darüber hinaus soll die EU ihre Bemühungen für einen universellen Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung verstärken.

Der «Wasserkrieg» von Cochabamba

Die Bürgerinitiative ist Teil einer weltweiten Bewegung, die 2000 in Bolivien ihren Anfang genommen hat. 1999 machten die Weltbank und die Internationale Entwicklungsbank die Privatisierung kommunaler Wasserbetriebe zur Bedingung für einen weiteren Schuldenerlass für Bolivien. Cochabamba, eine Stadt

mit 600 000 EinwohnerInnen, schloss darauf mit einem Weltkonzern einen Vertrag über die Wasser- und die Sanitärversorgung ab. Die Folge: Ein beispielloser Anstieg des Wasserpreises. In der Bevölkerung führte dies zu heftigen Protesten und im April 2000 erlebte Cochabamba einen Aufstand, der vom Militär brutal niedergeschlagen wurde und als «Guerra del Agua», als «Wasserkrieg» in die Geschichte einging. Der Aufstand war erfolgreich: Die Regierung machte die Privatisierung rückgängig. Cochabamba wurde zum Vorbild: In Uruguay sprachen sich 2004 in einem Referendum 64,6 Prozent der Bevölkerung dafür aus, dass das Wasser unter Kontrolle der öffentlichen Hand bleiben sollte, in Italien waren es 2011 gar 95 Prozent.

Ein starkes Zeichen

Die Wasser-Initiative ist die erste erfolgreiche Bürgerinitiative: Bis im September 2013 wurden 1 884 790 Unterschriften gesammelt – viel mehr als die benötigte Million: ein starkes Zeichen gegen die Privatisierung des Wassers. Dieses Zeichen ist auch für die Schweiz wichtig. Mit ihrer öffentlichen Wasserversorgung, die zu den besten der Welt gehört, hat sie eine Vorbildfunktion. Und es würde ihr gut anstehen, in der weltweiten Bewegung gegen die Privatisierung von Wasser eine führende Rolle einzunehmen. Die Schweiz ist aber auch die Heimat von Nestlé, einer der treibenden Kräfte bei der Privatisierung von Wasser. Nestlé gehört neben Weltbank, Coca-Cola und Pepsi Co zu den Kernmitgliedern und Sponsoren der Water Resources Group (WRG). Die WRG will den Wassersektor mithilfe von Public-Private-

Partnerships, Partnerschaften von öffentlicher Hand und privaten Unternehmen, privatisieren – dem Instrument der neoliberalen Privatisierungsbestrebungen schlechthin. Dabei finanziell unterstützt wird sie von der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit DEZA.

Die Schweiz muss sich entscheiden

Am 19. März veröffentlichte die EU-Kommission ihre offizielle Antwort auf die Wasser-Initiative: Sie gesteht darin ein, dass Wasser kein kommerzielles Gut ist, und verpflichtet sich, den universellen Zugang zu Wasser und Abwasserentsorgung im Rahmen der Entwicklungspolitik und die entsprechenden konkreten Initiativen dazu, wie zum Beispiel Public-Public-Partnerships (Kooperationen zwischen öffentlichen Einrichtungen) zu fördern. Gerade die Schweiz mit ihrer öffentlichen Wasserversorgung hätte in solchen Public-Public-Partnerships viel beizutragen. Erst muss sie sich aber entscheiden: Erhält sie ihre Unterstützung für Nestlé und die Water Resources Group aufrecht oder hört sie auf die Stimmen der Menschen überall auf der Welt und unterstützt die Bestrebungen, den Wassersektor Sache der öffentlichen Hand bleiben zu lassen?

Aus dem Englischen übersetzt



Franklin Frederick ist Wasseraktivist. 2009 wurde er für seine Arbeit zu Wasser als Menschenrecht und öffentliches Gut mit dem Nord-Süd-Preis des Romerohauses Luzern ausgezeichnet. Er lebt in Bern.

Den Ball flach halten

Das unspektakuläre Spiel ist die einzige Stärke des FC Nationalrat. Ob er damit in Wien das Internationale Parlamentarier-Turnier erneut für sich entscheiden kann, wird sich zeigen.

Eine alte Fussballerweisheit besagt, dass man ein Spiel nur gewinnen kann, wenn man nicht übertreibt, nicht zu kompliziert spielt und kein unnötiges Risiko eingeht. Auch für die Politik ist das eine gängige Regel. Nicht immer ist Zeit für die Konfrontation, oft ist «Ruhe bewahren» die bessere politische Taktik als das Aufsehen erregende Spiel. Jeden Dienstagabend während der Parlamentssessionen spielt der FC Nationalrat unter diesem Motto – unbewusst, würde ich sagen. In Tat und Wahrheit können wir auch nicht viel mehr als den Ball flach halten. Das unspektakuläre Spiel ist unsere einzige Stärke! Genossinnen und Genossen gehören genauso zum FC Nationalrat wie Vertreter der Mitte und des rechten politischen Spektrums. «Schick mich in die Tiefe», «Bleib näher dran» – «Schlag doch einfach den Ball nach links oder rechts weg», schallt es über den Quartierfussballplatz in Bern oder durch die Arena des FC Thun. Hie und da gehen wir als Sieger vom Platz, letztes Jahr immerhin vier Mal. Meistens enden unsere Spiele aber unentschieden, weil wir alle wissen, dass sich im Kompromiss jeder als Sieger fühlen darf.

In den nächsten Wochen wird die Nervosität im FC Nationalrat steigen, denn über das Auffahrts-Wochenende werden wir zum 42.

Internationalen Parlamentarierturnier nach Wien reisen.

Kann der Titel verteidigt werden?

Als Titelverteidiger des Turniers fürchten uns die Parlamentarier des deutschen Bundestags, des österreichischen Nationalrats und des finnischen Parlaments. Nervös sind wir, weil wir nicht wissen, ob die Berner Goalgetter Grossen

«Bleib näher dran» – «Schlag doch einfach den Ball nach links oder rechts weg»

und Wasserfallen das Tor treffen (und auch weil Corrado Pardini fehlt), ob Matthias Aebischer den Traumpass in die Tiefe mehrmals spielen kann, ob Beat Jans (er hatte am meisten Spieleinsätze in der letzten Saison) seine Offensivläufe als Aussenverteidiger durchsteht und ob Cédric Wermuth und Mathias Reynard, unsere jugendliche Verstärkung, auch nach der ersten langen Nacht noch genügend Energie auf das Fussballterrain bringen. Wenn nicht, kann Andy Tschümperlin einspringen und zeigen, was er drauf hat: viel mehr, als alle meinen. Kein Gegner kommt dann mehr aussen durch und vor gegnerischen Flanken muss ich mich in der Innenverteidigung nicht mehr fürch-

ten. Dennoch: Nervös bin ich und die Furcht vor dem krassen Verteidigungsfehler ist meine treue Begleiterin. «Damals in Wien ...» – nein, an eine solche Geschichte mag ich nicht denken. Doch, doch – wir werden gewinnen, auch mit dem einen oder anderen Verteidigungsfehler.

Die tiefere politische Dimension des FC

Natürlich steht der FC Nationalrat allen offen. Nach dem 9. Februar hatte ich kurz den Eindruck, auch Bundesrätin Simonetta Sommaruga wolle sich als Spielgestalterin bei uns melden. «Volle Freizügigkeit bleibt bis 2017: Sommaruga will den Ball flach halten» lautete der treffende Titel der «Aargauer Zeitung» nach einem ersten Treffen mit den europäischen Innenministern. Nun gut, wenn sich diese Fussballweisheit für die Aussenpolitik unseres Landes als dienlich erweist, dann hat der FC Nationalrat eine tiefere politische Dimension, als man gemeinhin denken würde.



Eric Nussbaumer ist Nationalrat BL und Kapitän des FC Nationalrat. Er liebt das risikoreiche europäische Spiel.



Kein Durchkommen bei Käpt'n Eric Nussbaumer



Der FC Nationalrat im Freudentaumel nach dem Turniersieg 2013 in Dresden

KNALLROT

Yvonne Feri

Nationalrätin AG und Präsidentin
der SP Frauen Schweiz

Nicht nur für Frauen, bitte!

Am 8. März, dem internationalen Frauentag, hat mich die JUSO der Stadt Zürich zu der Party «Clash Sexism» in der Roten Fabrik eingeladen. Der ursprünglich in Amerika entstandene Frauentag ist seit 1909 ein Mittel, um auf das fehlende Frauenstimmrecht hinzuweisen – heute wird er von sozialistischen Organisationen rund um die Welt genutzt, um unterschiedliche Forderungen nach Gleichstellung zu unterstützen. In Berlin etwa fand unter dem Motto «Frauen*kampftag – wir wollen keine Blumen, wir wollen den ganzen Garten!» eine Demo mit über 70 Organisationen und über 5000 Teilnehmenden statt. Erstmals wurde der Frauentag von einem breiten Bündnis organisiert, das nebst Frauengruppen auch Queer- und MigrantInnen-Gruppen, Jugend- und Studierendenorganisationen, Gewerkschaften, Parteien und Initiativen unterschiedlicher Generationen und Hintergründe einschloss. Ziel des Anlasses war es, die Vielfalt der aktuellen feministischen Forderungen deutlich zu machen und zu zeigen, dass «es sowohl um noch immer aktuelle Forderungen wie Equal Pay, Gleichverteilung der Reproduktionsarbeit oder den Kampf gegen Alltagssexismus als auch um die Kämpfe der Women* of Color sowie der Queer-, Trans*- und Inter*szenen geht. Das Sternchen hinter dem Begriff «Frauen» macht dabei deutlich, dass Gleichstellungspolitik heute nicht mehr nur Frauen, sondern alle Geschlechter angeht. Auch mir war es am 8. März ein grosses Anliegen aufzuzeigen, dass Gleichstellungspolitik uns alle betrifft – egal mit welchem Geschlecht man sich identifiziert. Als kritisch denkende Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen müssen wir erkennen, dass Gleichstellungspolitik und Feminismus längst nicht mehr nur gleiches Recht für Frauen und Männer zu erkämpfen haben, sondern vielmehr für eine Gleichberechtigung aller Geschlechter, aller Sexualitätsformen und aller familiären Lebensformen eintreten müssen. Und zwar unabhängig von Alter, Nationalität und Kontostand. Die Rolle der SP – und ganz besonders der JUSO – muss deshalb nach wie vor sein, geschlechterabhängige Privilegien aufzudecken und zu bekämpfen. Ich freue mich auf den nächsten Frauentag und hoffe, dass wir dann auch in der Schweiz eine organisationenübergreifende Demo mit über 5000 Teilnehmenden organisieren können.

GENOSSEN

Nina Lanzi
Praktikantin
SP Schweiz

«Neuland»

Anna Thommens Dokumentarfilm «Neuland» zeigt Ausschnitte aus dem Alltag einer Basler Integrationsklasse. Zwei Jahre lang, vom ersten bis zum letzten Schultag, begleitet der Film das Schicksal junger Migrantinnen und Migranten. Vor dem Hintergrund eines umstrittenen Themenfelds balanciert die 33-jährige Regisseurin gewandt auf dem schmalen Grat zwischen Tragik und Humor.

An der schwarzen Wandtafel ist über die ganze Breite mit weisser Kreide ein Zeitstrahl von den 1990er-Jahren bis heute aufgezeichnet. Die Schülerinnen und Schüler von Christian Zingg, dem Lehrer der Integrationsklasse, werden aufgefordert, ihren persönlichen Zeitstrahl mit den wichtigen Lebensstadien, einen Lebenslauf also, aufzuzeichnen. Nacheinander füllen sie die Wandtafel mit ihren Geschichten. Geburt, Schulbeginn, Kriegsausbruch, Tod der Mutter. Nazlije, die 16-jährige Serbin, nennt ihre letzte und aktuelle Etappe «Neues Kapitel Schweiz». Mit Unsicherheit und gleichzeitig mit Zuversicht tasten sich Nazlije und ihre Mitschülerinnen und Mitschüler in ihr neues Leben vor. Christian Zingg bietet ihnen in diesem Becken voller Ungewissheiten und neuer Erfahrungen Schwimmhilfe. Zwar steht dabei das Lernen der deutschen Sprache als primäres Integrationsmittel im Vordergrund, das es sich anzueignen gilt. Für Zingg endet die Arbeit jedoch nicht beim Deutschunterricht. Vielmehr begleitet er die Schülerinnen und Schüler auch als Mentor in Sachen Berufswahl, Bewerbungsschrei-

ben und kulturelle Integration. Dabei nimmt er neben der Rolle des Lehrers auch jene des Ersatzvaters der jungen Migrantinnen und Migranten ein. Christian Zingg lebt seinen Beruf als Berufung – eine bewundernswerte und essenzielle Rolle in der Unterstützung junger Menschen, die im Neuland Schweiz stranden.

Dieser ernsthafte, gleichzeitig feinfühlig und nicht zuletzt humorvolle Dokumentarfilm hat Anna Thommen zu Recht den Preis für den besten Dokumentarfilm am Zürich Film Festival 2013 sowie den Publikumspreis an den Solothurner Filmtagen 2014 eingebracht. Ein Erfolg, den die junge Regisseurin mit ihrer Abschlussarbeit an der Zürcher Hochschule für Künste feiert. Thommen erwähnt in Interviews zum Film zwar oft ihre apolitische Haltung und Herangehensweise an die brisante Migrationsthematik. Beim Zuschauer hingegen provozieren die Lebensgeschichten der jungen Migrantinnen und Migranten und ihre Situation in der Schweiz klar eine politische Reaktion. Es handelt sich bei «Neuland» um einen Film, der einen bisher unbekannteren Einblick in eine Integrationsklasse bietet und aufzeigt, warum es sich dabei um ein Erfolgsmodell einer konstruktiven Migrationspolitik handelt.

«Neuland» läuft zurzeit in Schweizer Kinos



Anna Thommen
Neuland
Dokumentarfilm 2013
93 Minuten
FAMA FILM AG

Möchtest du den LeserInnen etwas vorstellen – ein Buch, einen Film, eine Wanderung –, das du GENOSSEN hast? Schreibe ein Mail an links@spschweiz.ch

ROTSTICH

BRUMs sonder-
same Argumente

BRUM – so wird Bundesrat Ueli Maurer im Verwaltungsjargon verkürzt – ist von der Rolle: Zuerst ist der Gripen ein Ersatz für die Tiger, plötzlich auch für die F/A-18. Spontan droht er im Falle eines «Njet» mit einer 9-to-5-Luftwaffe und besser als ein auf Osteuropa-Reisen spezialisiertes Reisebüro vermittelt er uns das Gefühl, dass die Ukraine nur einen Steinwurf entfernt ist. Wer keine Argumente hat, muss welche erfinden. Während der Laie auf ein paar Argumentationsstränge fokussiert, feuert BRUM, den Gold-Gripen stolz am Revers tragend, aus allen Rohren.

Das 10-Milliarden-Flugi schützt uns vor dem Russen, macht aus der besten eine noch bessere Armee, ist ein Jobwunder und macht, dass Blinde wieder sehen können. Während seine Partei anderen Bundesratsmitgliedern ihr Engagement vor Abstimmungen ankreidet, entwickelt er missionarischen Eifer. Dabei legt er Wert darauf, dass er keine Propaganda macht – igittigitt! –, sondern «informiert». Das behaupten die Zeugen Jehovas jeweils auch. Mittlerweile würde mich nicht mal mehr wundern, wenn plötzlich BRUM bei mir vor der Tür stünde und mit mir über den Gripen sprechen wollte.

Wahrscheinlich würde aber vor allem er reden. Denn letzte Woche «informierte» BRUM in Payerne und sein VBS war sehr darauf bedacht, dass keiner der anwesenden WK-Soldaten einen Mucks macht. Vom Journalisten darauf angesprochen, meinte er lapidar: «Fragen Sie sie doch, ob das Essen gut ist.» Die Männer seien schliesslich «als Soldaten und nicht als Stimmbürger» hier. Und BRUM nicht als Bundesrat, sondern als Saab-Lobbyist. Egal, wo und weshalb er auftritt – am Ende geht es um den tollen Schweden-Jet, der alle Probleme löst. Vielleicht sogar diejenigen mit der EU. Auch dieses Argument wird er noch ins Feld führen, irgendwann.

Stefan Krattiger



EIN TAG IM LEBEN VON
FABIAN MOLINA, 23,
JUSO-PRÄSIDENT

« Mein Tag beginnt normalerweise um sieben Uhr. Ich kann sehr schlecht aufstehen und lasse den Wecker darum immer erst etwa eine halbe Stunde läuten. Gegen neun Uhr bin ich im Büro in Bern. Bis Mitte Mai habe ich noch zwei Jobs – neben dem Juso-Präsidium bin ich zu fünfzig Prozent als Jugendsekretär bei der Unia angestellt. Daneben studiere ich eigentlich auch noch, aber als sich das mit dem Juso-Präsidium abzeichnete, habe ich beschlossen, ein Semester auszusetzen. Seit meiner Wahl habe ich am Morgen meistens irgendeinen Termin, der mit meinem neuen Amt zusammenhängt. Das Mittagessen verbinde ich oft mit einer Besprechung. Am Nachmittag bin ich im Büro, im Moment entweder in demjenigen der Unia oder dem der Juso. Da ich das Juso-Präsidium per sofort übernommen habe, sind mein Vorgänger David Roth und ich noch mit der Übergabe beschäftigt. Das betrifft vor allem die laufenden Geschäfte, wir diskutieren aber auch die offenen strategischen Fragen und die allgemeine Lage der Juso, insbesondere der Sektionen. David übergibt mir auch seine Kontakte, indem er mich vielen Leuten vorstellt, den Parlamentarierinnen und Parlamentariern oder den Journalistinnen und Journalisten im Bundeshaus. In den Medien wurde verschiedentlich geschrieben, als neuer Juso-Präsident könne ich eigentlich nur verlieren, weil die Juso in den letzten Jahren so erfolgreich war. Das haben sie auch schon geschrieben, als David das Amt von Cédric Wermuth übernahm – das Gegenteil ist eingetroffen. Ich bin sehr optimistisch, dass es auch diesmal so ist, die Voraussetzungen dafür sind jedenfalls gut. Der Juso geht es sehr gut, dieser Zustand muss jetzt aber gefestigt werden. Bis Ende Jahr will ich darum alle unsere Sektionen besuchen.

Durch meine verschiedenen Jobs und Ämter verbringe ich sehr viel Zeit im Zug. In der Regel arbeite ich während der Fahrt, manchmal schlafe ich auch. Wenn ich ab September in Bern studiere, wird das hoffentlich die Wege ein wenig verkürzen. Abends habe ich fast immer eine Sitzung, oft in Illnau-Effretikon, wo ich im Parlament bin, oder in Zürich, wo ich der Geschäftsleitung der SP angehöre. Wenn die Sitzung früh stattfindet, mache ich danach noch mit Freunden ab, sonst gehe ich nach Hause. Ich habe zwei Zuhause: eins in Bern, wo ich eine kleine Dachwohnung habe, in der ich ein bis zwei Mal pro Woche übernachtete, und eins in Illnau, wo ich bei meiner Mutter in einem alten Bauernhaus wohne. Weil ich mal hier, mal da übernachtete, habe ich eigentlich immer alles in meinem Rucksack dabei, was ich brauche: eine Zahnbürste, das Computer-Kabel, ein Deo, immer ein paar Ersatzunterhosen und Socken. So kann ich ein paar Tage nur aus dem Rucksack leben. Meine Tage sind meist sehr voll, zum Glück bin ich aber stressresistent. Ich mag es, wenn immer etwas läuft und ich immer Leute um mich herum habe. Nichts tun ist nicht mein Ding.

Jeden Freitagabend tanze ich nach Möglichkeit Tango. Und am Sonntag spiele ich Theater. Meine Theatergruppe war so freundlich, die Proben auf den Sonntagabend zu legen, weil dies der einzige Abend ist, an dem ich Zeit habe. Und dieser Ausgleich ist mir sehr wichtig. Ins Bett gehe ich so um Mitternacht, halb eins. Ich muss darauf achten, dass ich genügend Schlaf bekomme, sonst bin ich gereizt und wehleidig. Mindestens einmal pro Woche muss ich zudem ausschlafen können.»

Aufgezeichnet von Andrea Bauer

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Weiter mit Bildung

Rechte für Migrantinnen und Migranten D1.8.1411

11.4.; Trigon Bildungszentrum, Zürich

Personenfreizügigkeitsabkommen der Schweiz mit der EU, flankierende Massnahmen, Ausländergesetz, gewerkschaftliche Positionen. Referent: Marc Spescha (Rechtsanwalt)

Wie funktioniert die Altersvorsorge D2.3.1401

22.5.; Trigon Bildungszentrum, Zürich

Inhalt: Funktionsweise, Leistungen, Finanzierung, Zusammenspiel, Zukunftsperspektiven, gewerkschaftliche Positionen in der Altersvorsorge. Referentin: Christine Goll (Movendo)

Sachgerecht und erfolgreich verhandeln D1.7.1412

27.–28.5.; Fortbildungszentrum, Oberdorf SO

Verhandlungsvorbereitung und -beeinflussung, Interessen und Positionen durchsetzen, Berichte aus GAV-Verhandlungen von erfahrenen GewerkschafterInnen. Referenten: Roland Christen (Organisationsentwickler), Jérôme Hayoz (SEV), Beat Keller (Unia)

IMPRESSUM

Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Telefon 031 329 69 69 Fax 031 329 69 70

Erscheint 9 Mal pro Jahr Auflage 38 355 (Wemf)

Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis Adressänderungen/Abos: abo@spschweiz.ch

Redaktion

Andrea Bauer (Chefredaktion), Barbara Berger (SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Livia Diem (SP Basel-Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Oliver Lüthi (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Sebastian Dissler (SP Kanton Luzern), Benedikt Knobel (SP Kanton Thurgau), Michael Sutter (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion

links@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept

muellerluetolf.ch

Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck

Ringier Print Adligenswil AG Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH Helligasse 12, 6460 Altdorf Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47 kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 24.3. Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 28.4.

Basisseminar für Mitglieder von Personalvertretungen D1.7.1402

2.–4.6.2014; Seminarhotel Sempachersee, Nottwil

Aufgaben und Rechte einer Personalvertretung, Rollenverständnis. Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater)

Seminar für Mitglieder von Stiftungsräten und Vorsorgekommissionen öffentlicher Pensionskassen D1.8.1429

11.–12.6.2014; Seminarhaus Boldern, Männedorf ZH

Änderungen der gesetzlichen Grundlagen von öffentlichen Pensionskassen, Leistungsniveau unter geänderten Rahmenbedingungen, Parität, Teil-/Vollkapitalisierung, Ausfinanzierung. Referenten: Aroldo Cambi (Sev), Stefan Giger (vpod), Jorge Serra (vpod), Alfred Wyler (syndicom)

Schreibwerkstatt D1.8.1421

23.–24.6./6.10.; Computerschule Bern, Bern

Themen in den Medien setzen, Artikel verfassen, LeserInnenbriefe schreiben, Wirkung eigener Texte überprüfen. Referent: Stefan Keller (Historiker und Autor)

Anmeldung: www.movendo.ch, info@movendo.ch, Tel. 031 370 00 70

Die Kosten für eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 230.– pro Tag statt Fr. 390.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.–. Bei Monika Bolliger (SP Schweiz, Tel. 031 329 69 91) kann finanzielle Unterstützung beantragt werden.

AGENDA 2014

27. Juni

Koordinationskonferenz

Winterthur

28. Juni

Parteitag

Winterthur

24. Oktober

Koordinationskonferenz

25. Oktober

Delegiertenversammlung

www.spschweiz.ch

Schweizer Soldaten für den Frieden



Fredy Keller

Oberst im Generalstab und Kommandant des Kompetenzzentrums SWISSINT in Stans.

Seit Februar 2014 sind Islamabad und die weitere Umgebung für ein Jahr der Arbeitsort von zwei Schweizer Offizieren. Ihr Einsatzgebiet ist die Grenzregion Kaschmir zwischen Pakistan und Indien. Dort werden sie von der UNO als unbewaffnete Militärbeobachter – auch Blaumützen genannt – eingesetzt. Solche Einsätze zu planen, zu führen, das Personal zu rekrutieren und auszubilden ist die Aufgabe des Kompetenzzentrums

SWISSINT. SWISSINT führt einen von drei in der Bundesverfassung festgelegten Armeeaufträgen aus: die Friedensförderung.

Der Einsatz der beiden Schweizer Offiziere in Kaschmir ist einer von vielen in einer langen Tradition der Schweizer Friedensförderung. Die militärische Friedensförderung der Schweizer Armee nahm ihren Anfang 1953, als rund 150 bewaffnete Schweizer Soldaten nach Korea flogen, um das Waffenstillstandsabkommen zwischen Süd- und Nordkorea zu überwachen. 60 Jahre später sind noch fünf Offiziere auf der koreanischen Halbinsel stationiert, mittlerweile unbewaffnet. In diesen 60 Jahren hat sich viel getan. Schweizer Peacekeeper sind heute auf drei Kontinenten in 16 Ländern und 15 Missionen im Einsatz für den Frieden.

Der Grossteil der Schweizer Soldaten ist seit 1999 im Kosovo stationiert und gehört als SWISSCOY zur Kosovo Force (KFOR). Zu ihren aktuellen Aufgaben zählen Leistungen in den Bereichen Logistik im Lufttransport sowie das Engagement in sogenannten Liaison and Monitoring Teams. Die Soldaten eines LMT wohnen meist zu acht in einem Haus inmitten der Bevölkerung. Sie führen Gespräche mit Bürgermeister, Schulleitern und anderen Würdenträgern. Dank diesen täglichen Meetings erhalten sie wertvolle Informationen über die aktuelle Lage im Land und sind die Augen und Ohren der KFOR.

Neben den Armeeinghörigen im Kosovo und in Kaschmir sind auch in anderen Ländern und Missionen Schweizer im Einsatz. So zum Beispiel als Militärbeobachter in der «United Nations Truce Supervision Organization», die Libanon, Jordanien, Ägypten, Syrien und Israel umfasst. Hier ist die Hauptaufgabe der Offiziere – gleich wie in Kaschmir – das Überwachen des Waffenstillstandsabkommens zwischen den Staaten. Dazu patrouillieren sie mit Fahrzeugen oder sind auf einem Beobachtungsposten stationiert. Auch sie dienen als Augen und Ohren, in diesem Fall allerdings für die UNO.

Die Aufgaben der Peacekeeper sind sehr vielseitig und beschränken sich nicht nur auf Militärbeobachter oder LMTs. Im Kongo leisten sie Unterstützung im Bereich der humanitären Minenräumung. In Ghana, am Kofi Annan International Peacekeeping Training Center KAIPTC – einem Pendant zu SWISSINT –, arbeiten sie als Kursleiter. Die Schweizer Armeeinghörigen sind bei den internationalen Partnern sehr willkommen, weil sie gut ausgebildet sind und einen glaubwürdigen Einsatz für den Frieden leisten. Zudem verbindet unser Milizsystem die Vorteile von militärischem und zivilem Wissen ideal, was Vertrauen schafft. Genau diese Fähigkeiten werden auch in Zukunft gebraucht und geschätzt. Deshalb wird SWISSINT auch künftig alles daran setzen, mit ihrer Professionalität und Erfahrung zur weltweiten Friedensförderung beizutragen.



SPINAS CIVIL VOICES



SERIENKILLER

Durch verschmutztes Trinkwasser sterben mehr Menschen als durch Waffen.
Jetzt handeln: www.helvetas.ch

Unterstützt durch



HELVETAS

Handeln für eine bessere Welt